

Chronik des Tages.

— Reichsarbeitsminister Bissell begründete im Sozialpolitischen Ausschuss die Regierungsvorlage zur Sozialreform.

— Im Haag fand am Mittwoch eine Sechsmächte-Besprechung statt.

— Der „Graf Hoppelin“ hat auf der dritten Etappe seines Relfluges einen Weg von annähernd 10 000 Kilometer zurückgelegt.

— Sven Hedbin, der sich seit einigen Tagen in Stockholm befindet, wird Anfang September in der Berliner Funkstunde von Stockholm aus einen Vortrag über seine Expedition im Inneren Afrikas halten. Es ist dies die erste Übertragung eines Radiovortrages von Stockholm nach Berlin.

— Bei einem Familienstreit in Göttingen in Württemberg erlag der Stallschweizer Weber seinen Schwager Jos. Darr. Dessen Bruder Vinzenz Darr wurde von Weber schwer verletzt.

— Der 65jährige deutsche Arzt Dr. Schiff hat von Kap Grisevald den Versuch unternommen, den Kanal zu durchschwimmen. Dr. Schiff hatte bereits in den letzten beiden Jahren vergeblich versucht, den Kanal zu durchqueren.

— Aus Verzweiflung wegen des Todes seiner Frau hat in Kopenhagen ein Arbeiter sich und seine drei Kinder durch Leuchtgas vergiftet.

— Die Grasschaft Olav ist von neuen schweren Unwettern heimgesucht worden.

Deutschlands Vorstoß.

Sechsmächte-Zusammenkunft.

— Haag, 21. August.

Die Lage der Haager Konferenz ist in der letzten Woche immer verworrener geworden. Ein Tag nach dem andern verstrich, ohne daß es zu Entscheidungen in den Fragen kam, zu deren Lösung die Konferenz einberufen worden ist. Das große Ministertreffen hat sich in zankende Unterausschüsse und in Privatbesprechungen der Gläubiger aufgelöst, so daß die Hauptfragen darüber zu kurz gekommen sind.

Nach dem Gutachten der Sachverständigen soll am 1. September der Dawesplan durch den Youngplan ersetzt werden. Im Zusammenhang damit greifen wesentliche Änderungen hinsichtlich der Form und der Höhe der Reparationen sowie des Reparationsystems Platz. Heute trennen uns nur noch wenige Tage von diesem Termin, und doch war das Schicksal des Youngplans niemals so ungewiß, wie gerade während der flüchtigen Beratungen im Haag!

Unsicherheit kennzeichnete die Stunde. Aber Unsicherheit ist immer die größte Gefahr. Und deshalb hat endlich die deutsche Delegation im Haag einen Vorstoß unternommen, um Klarheit zu erzwingen. Es wurde eine Besprechung der sechs Mächte gefordert, die die Konferenz einberufen haben, und die sich nun über das Schicksal dieser höchst unerfreulichen Konferenz schlüssig werden müssen.

Mit dem Beginn dieser Sechsmächte-Besprechung am Mittwochabend war die Konferenz an ihrem entscheidenden Wendepunkt angelangt.

Die Fragen, die unsere Delegation den anderen zur Verantwortung vorlegte, lauteten: Fällt der Youngplan oder wird er durchgeführt? Was geschieht, wenn der Youngplan nicht angenommen wird? Soll eine Zwischenlösung getroffen werden und wie soll sie aussehen? Wie soll die Konferenz fortgesetzt werden und wie verhält es sich mit der Rheinlandräumung?

Ein Weg ist für Deutschland nicht gangbar: der Youngplan darf nicht provisorisch in Kraft gesetzt werden, während die politischen Fragen offen bleiben. Ohne die Räumung des Rheinlandes kann es auch keine deutsche Zustimmung zu einem „provisorischen“ Youngplan geben. In diesem Falle müßten wir dann zwar die höheren Daweszahlungen ausbringen, doch kann es uns schließlich niemand verwehren, wenn wir, falls Gefahr im Verzuge ist, einen Antrag auf Zahlungsausschub stellen. Zu Vorleistungen, auch wenn sie das Gewand vorläufiger Zustimmungen tragen, hat in Deutschland jedenfalls niemand mehr Neigung, und das auch schon deswegen nicht, weil Briand noch während der Haager Konferenz Versprechungen gegeben hat, die nicht eingehalten wurden. Die fest verbriefene offizielle Bekanntgabe des Räumungstermins ist zweimal ausgeblieben. Daran ändert sich auch dann nichts, wenn man als wahr unterstellt, daß Briand Stresemann gegenüber vertrauliche Mitteilungen über den Räumungstermin gemacht hat.

Darauf, daß die Gesamtliquidierung des Krieges im Haag zu Ende geführt würde, hat nach dem Verlauf der ganzen Konferenz seit Tagen niemand mehr hoffen können. Es handelte sich nur noch darum, einen Weg zu finden, der die erfolgreiche Fortsetzung der Konferenz nach einer kurzen Pause ermöglicht.

Die Verantwortung für die letzte Entwicklung fällt ausschließlich auf die französische Regierung zurück. Frankreich hatte es in der Hand, durch materielle geringfügige Zugeständnisse England zu befriedigen und damit eine Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen zu schaffen. So wenig glücklich Snowden zuweilen in der Wahl seiner Worte war, davon, daß er den Youngplan torpedieren wollte, sollte kein ernsthafter Mensch reden. England forderte lediglich Verbesserungen, die vielleicht begründet waren, jedenfalls aber innerhalb des Youngplans und ohne eine Neubelastung Deutschlands hätten durchgeführt werden können. Die französische Delegation dagegen hat die Räumungsverhandlungen offensichtlich und mit den wichtigsten Vorwänden verschleppt!

Das zur Frage der Verantwortlichkeit auf dieser Konferenz unseres Mißvergnügens.

Die Lage, die sich für Deutschland ergab, war

ernst. In Erkenntnis der Gefahren dieser Situation glaubte die deutsche Delegation, in letzter Minute einen Versuch zur Rettung der Konferenz unbedingt machen zu müssen; sie konnte dabei den Trumpf ausspielen, daß England unbedingt seine Truppen aus dem Rheinland zurückziehen wird.

England gegen die französische Stimmungsmache.

Die englische Delegation im Haag stellt in einer öffentlichen Erklärung fest, Schatzkanzler Snowden habe niemals die Absicht gehabt, den Youngplan zu torpedieren und den Dawesplan wiederherzustellen. England habe lediglich um gewisse Änderungen im Rahmen des Youngplans gekämpft.

Grundzüge der Sozialreform.

Der Kreis der Unterstützungsberechtigten. — Elastische Sperrestrafen. — Verschärfte Kontrolle. — Einfügung von Strafparagrafen.

— Berlin, 22. August.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstags setzte die Beratung der Regierungsvorlage zur Reform der Arbeitslosenversicherung fort und nahm ein Referat des Reichsarbeitsministers Bissell über die Grundzüge der Reform entgegen.

Der neue Gesetzentwurf, der inzwischen im Wortlaut veröffentlicht ist, will Mißbräuche in Zukunft unter anderem dadurch ausschließen, daß er den Begriff der Arbeitslosigkeit eindeutig klärt. Dadurch soll verhindert werden, daß Personen Arbeitslosenunterstützung bekommen, die in Wirklichkeit gar keine Arbeitnehmer sind. Geringfügige Beschäftigungen sollen künftig nur dann versicherungspflichtig sein, wenn sie von Personen, die überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegen, berufsmäßig ausgeübt werden. Für unständig Beschäftigte, sowie für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter sollen Sondervorschriften erlassen werden, die den besonders gearteten Arbeitsverhältnissen der Gruppen Rechnung tragen.

Die Sperrestrafen sollen künftig nicht mehr auf vier Wochen festgesetzt werden, sondern elastisch sein und zwei bis acht Wochen betragen. Das Verfahren für die Gewährung der Unterstützung wird verbessert. Für den Fall, daß die Voraussetzungen zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung nicht vorgelegen haben, kann die Unterstützung von Amts wegen entzogen werden.

Die Kontrolle wird durch das neue Gesetz verschärft. So muß sich der Arbeitnehmer auch während der Sperre- und Wartezeit beim Arbeitsamt melden. Arbeitgeber, die vorsätzlich oder fahrlässig in einer Bescheinigung falsche Angaben über das Beschäftigungsverhältnis machen, können bestraft und für die Ersetzung des Schadens in Anspruch genommen werden.

Die Entlastung der Reichsanstalt.

Eine Entlastung der Reichsanstalt sollen in der Hauptsache die Vorschriften über die Wartezeit und die berufsbildliche Arbeitslosigkeit bringen.

Die Wartezeit soll künftig nicht im allgemeinen sieben Tage betragen, sondern nach dem Familienstand gestaltet sein, so daß Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige eine Wartezeit von 14 Tagen, solche mit ein, zwei oder drei Angehörigen eine Wartezeit von sieben Tagen und solche mit vier oder mehr Angehörigen eine Wartezeit von drei Tagen zurückzulegen haben.

Die Arbeitslosen der Lohnklassen VII bis XI sollen während einer berufsbildlichen Arbeitslosigkeit die volle Unterstützung nur dann erhalten, wenn sie in den letzten zwei Jahren vor der Arbeitslosmeldung mehr als 52 Wochen in einem Zusammenhang gearbeitet haben, der durch die Unterstützung nicht unterbrochen war.

Wartegelder und Ruhegehälter sollen in Zukunft auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet werden. Ebenso in gewissem Umfange die Renten der Sozialversicherung. Die Beiträge zur Krankenversicherung der Arbeitslosen, die die Reichsanstalt befreiten muß, werden herabgesetzt.

Trotzdem schwierige Ausbalancierung.

Die übrigen Bestimmungen des neuen Entwurfs sind bekannt. So z. B. die Erhöhung der Gültigkeit der Beitragserhöhung bis zum 31. März 1931. Kritik wird an dem Entwurf von rechts und links geübt, ferner ist zu beachten, daß der Etat der Arbeitslosenversicherung auch durch die Regierungsvorlage noch nicht ins Gleichgewicht gebracht wird; es fehlt vielmehr noch Deckung für Ausgaben in Höhe von 47 Millionen Mark. Da sich ferner die Reform erst nach und nach auswirkt, wird befürchtet, daß die Arbeitslosenversicherung im kommenden Winter auf jeden Fall noch einen Fehlbetrag von 100 bis 110 Millionen Mark zu verbuchen haben wird.

Beginn der Städtetagung.

Die sozialen und kulturellen Aufgaben der Klein- und Mittelstädte.

Nach einem festlichen Begrüßungsabend wurden am Donnerstag in Kiel die sachlichen Beratungen der Mitgliederversammlung des Reichsstädtebundes, der Spitzenorganisation der deutschen Klein- und Mittelstädte, mit einer Begrüßungsansprache des Bundespräsidenten Oberbürgermeister Dr. Bellian eröffnet. Unter Hinweis auf die Umgebungen im Westen betonte Dr. Bellian, der Reichsstädtebund benutze die Tagung, um einen Appell an das ganze deutsche Volk zu richten für die im Interesse des allgemeinen Volks-

wohls gelegene Erhaltung der Selbstverwaltung der Klein- und Mittelstädte.

Das erste Referat über: „Die sozialen Aufgaben der Gemeinden“, hielt Erster Bürgermeister Stoll-Fürstenwalde. Redner führte aus, die öffentlich-rechtliche Wohlfahrtspflege sei schon der Kontrolle wegen gegenüber der privaten das Überlegene Prinzip. Der Vorwurf, daß die gemeindliche Wohlfahrtspflege zu schematisch sei, treffe für die Mittel- und Kleinstädte, in denen sich die Menschen persönlich kennen, nicht zu. Redner unterbreitete dann Vorschläge zum Ausbau der Wohlfahrtsleistungen und setzte sich unter Ablehnung der Mietstafel für die tatkräftige Förderung des Wohnungsbaues ein.

Ueber die kulturellen Aufgaben der Gemeinden sprach Landtagsabgeordneter Steffen. Er erklärte, die mittleren und kleinen Städte hätten durch ihre Leistungen, besonders für das Schulwesen, dem Staat viele Aufgaben abgenommen und seien für das umliegende Gebiet zu kleinen Kulturzentren geworden. Wirtschaftspolitik und Kulturpolitik seien nicht Gegenstände, sondern zwei Seiten derselben Außenpolitik. Nur bei dauernder Entwicklung unserer geistig-sittlichen Kräfte könne die Wirtschaft blühen und Deutschland wieder zur Weltgeltung emporsteigen, die selbstverwaltende Tätigkeit der Städte nicht so beschränkt werden, daß ihnen die Freude an ihrem Schulwesen und damit die produktive Initiative verloren gehe.

Artilleriekampf in Ostasien.

Ein russischer Panzerzug bombardiert Mandschurien. — China räumt Grenzstationen.

Die englische Presse gibt Berichte des amerikanischen Konsuls in Chargin wieder, denen zufolge die chinesischen Truppen verschiedene Grenzstationen wegen der ständigen Uebergriffe russischer Vorposten geräumt haben. Ferner ist von einem russischen Vorposten die Rede. Russisches Militär soll an verschiedenen Stellen den Amurfluß überschritten und chinesisches Gebiet besetzt haben.

Einer späteren Meldung zufolge näherte sich ein russischer Panzerzug in langsamem Fahrt der Grenzstation Mandschurien bis auf einige 100 Meter und eröffnete dann aus seinen Feldgeschützen das Feuer gegen die chinesische Stellung. Infanterie- und Maschinengewehrabteilungen schwärmten aus dem Zug nach beiden Seiten aus und beschossen das Stationsgebäude und die Stadt. Die chinesische Artillerie erwiderte das Feuer und beschädigte den Panzerzug. Das Feuergefecht dauerte etwa zweieinhalb Stunden, wonach der russische Panzerzug zurückfuhr. Die chinesischen Truppen, die unter Deckung ihrer Artillerie einen Vorstoß gegen den Panzerzug unternahmen, wolle einige Maschinengewehre erbeutet haben.

Von chinesischer Seite werden Nachrichten verbreitet, die von Zwischenfällen auch in anderen Grenzabschnitten berichten. So soll es in der Nähe von Dailai Nor zu mehrstündigen Gefechten gekommen sein, bei denen zwei chinesische Offiziere und 25 Mann getötet wurden.

In Tokio beurteilt man die Zwischenfälle im Grenzgebiet ruhig. Man verweist darauf, daß sich gegenwärtig in der Mandschurie zahlreiche dunkle Existenzen herumtreiben und meint, unter diesen Umständen dürfe man Feuergefechte an der Grenze meist nicht tragisch nehmen. In der Hauptsache handele es sich wohl um Bandenkämpfe.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 22. August 1929.

Der gegenwärtig in Deutschland weilende Generalinspekteur der chinesischen Armee besichtigte die Kavallerie-Schule in Hannover.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hermann Schulz-Berlin starb im Alter von 57 Jahren an Herzschlag.

Wiesbaden gegen neue Besetzung. Mit Rücksicht auf verschiedene, die Bevölkerung stark beunruhigende Presse-Meldungen, denen zufolge nach Abzug der englischen Besatzung Wiesbaden eine neue Besetzung durch belgische Truppen erhalten soll, hat der Magistrat Wiesbadens sich an den Reichsaussenminister Dr. Stresemann mit der dringenden Bitte gewandt, die ohnehin schon sehr stark geschädigte Kurstadt vor dieser Verlängerung der Besetzung, die eine neue wirtschaftliche Katastrophe bedeuten würde, zu bewahren.

Der tschechische Ministerrat hat die Verlängerung des Bündnisvertrages der Kleinen Entente gebilligt.

Der Winaer Emigrant Alfaukas, der eine Holzmaschine über die Grenze schmuggeln wollte, wurde in Litauen zum Tode verurteilt und erschossen.

Macdonald für eine allgemeine Abrüstungskonferenz.

Der englische Ministerpräsident hat den Jettungen eine kurze Erklärung über die verschiedenen Besprechungen gegeben, die er in diesen Tagen wieder mit dem amerikanischen Botschafter Dawes in seinem Heimatort Postlemouth in Schottland gehabt hat. Die Unterredungen hätten sich ausschließlich mit der Frage der Seeabrüstung beschäftigt und einen ausgesprochenen Fortschritt gebracht. Die schließliche Annahme des Abrüstungsplanes der beiden angelfrischen Völker bedinge jedoch einen allgemeinen Abrüstungsvertrag. Daher wäre der nächste Schritt wohl eine allgemeine Seeabrüstungskonferenz.

Allianz übernimmt Frankfurter.

Keine Gefahr mehr für die Versicherten. — Gründung einer neuen Gesellschaft.

Die Verhandlungen zwischen dem Allianz-Konzern und der in Schwierigkeiten geratenen Frankfurter Al-